

Bürgerinitiative Umwelt Wathlingen

Bürgerinitiative kritisiert die Resolution des Kreistages zur geplanten Kalihalde-Abdeckung

Der Kreistag des Landkreises Celle hat am 15.06. eine Resolution zur Abdeckung der Kalihalde in Wathlingen beschlossen. Für die Bürgerinitiative Umwelt Wathlingen (BIUW) Anlass, sich mit dem Inhalt kritisch auseinanderzusetzen. Der Landkreis Celle hat darauf verzichtet, ein mögliches eigenes Raumordnungsverfahren durchzuführen. Stattdessen wird die Durchführung dem Landesbergamt (LBEG) überlassen. Durch ein Raumordnungsverfahren hätte der Landkreis die Möglichkeit gehabt, dafür zu sorgen, dass die Interessen der Bürger Wathlingens und Nienhagens berücksichtigt werden. Für die BIUW ist nicht nachvollziehbar, wie diese Chance einfach aus der Hand gegeben und vertan werden konnte.

Der Kreis tritt nun wie ein Bittsteller auf und stellt zudem Forderungen, die vage oder fragwürdig sind. Bei der Forderung nach einer Basisabdichtung der Deponie ist zudem längst klar, dass K+S das machen muss und will. Vor allem fehlen aus Sicht der BIUW aber viele wichtige Aspekte hinsichtlich der Auswirkungen auf die Bürger und ihre Umwelt.

Ganz oben steht für den Kreistag die Ablehnung der Einleitung von Asselauge in das ehemalige Bergwerk. Nach Kenntnis der Bürgerinitiative gibt es diesbezüglich seitens des Bundesamts für Strahlenschutz oder des Nds. Umweltministeriums derzeit keine konkreten Planungen. Vor allem aber sind andere Flüssigkeiten, die möglicherweise eingeleitet werden dürfen, laut Cellescher Zeitung vom 27.05.2016 sehr viel stärker radioaktiv belastet. Diesbezüglich hat die BIUW eine Anfrage an das Nds. Umweltministerium gestellt.

Ganz konkret sind aber die Planungen, die Kalihalde mit Millionen Tonnen schadstoffhaltigen Abfalls abzudecken. Diesbezüglich wird K+S in der Resolution aufgefordert, „möglichst“ kein belastetes Material der Klasse Z2 für die Abdeckung der Kalirückstandshalde zu nutzen. Genau solches Material soll laut S. 10 der Unterlagen für die Antragskonferenz vom 09.09.2015 aber abgelagert werden. Gerade in diesem Bereich gibt es laut Nds. Umweltministerium wenig Deponiekapazitäten. Folgerichtig ist mit solchem Material viel Geld zu verdienen. Hier auf freiwilliges Entgegenkommen der Firma K+S zu hoffen, ist aus Sicht der BIUW mehr als naiv.

Der geforderte Einbau einer Abdichtung der Deponie zum Grundwasserkörper hin ist vorgeschrieben und von K+S laut S. 7 der Antragsunterlagen geplant. Der weiter vage geforderte Ausschluss jeglicher Beeinträchtigung der Bevölkerung ist nach Überzeugung der BIUW nur durch eine Verhinderung der Abdeckung möglich.

Die Forderung an K+S, die Versalzung des Grundwassers durch Neubildung von salzhaltigen Wässern in der Kalirückstandshalde zu vermeiden, zeigt die Unkenntnis der Problematik. Wer kontrolliert die Versalzung bisher in welchem Umfang? Welche Untersuchungsergebnisse gibt es dazu? Wie hoch sind die Grundwasserstände, insbesondere nach der notwendigen Wiedervernässung des Naturschutzgebietes Brand? Hat die Halde heute schon Grundwasserkontakt? All das muss dringend geklärt und veröffentlicht werden. Die BIUW hat sich jüngst mit einer entsprechenden Forderung an das LBEG gewandt. Ohnehin ist aber klar, dass die Auflösung der Halde durch die Abdeckung nur verzögert, jedoch nicht verhindert wird. Die

Basisabdichtung unter der Halde wird weiterhin fehlen. Das gelöste Salz wird das Grundwasser somit auch zukünftig versalzen.

Im Übrigen werden die Forderungen in der Resolution gar nicht begründet. Die enthaltene „Begründung“ ist aus der Einleitung der Unterlagen von K+S für die Antragskonferenz fast wörtlich abgeschrieben worden.

Warum der Kreistag sich überhaupt und geradezu unterwürfig an die private Firma K+S und nicht an die Genehmigungsbehörde bzw. das Land Niedersachsen wendet, ist das Geheimnis derer, die der Resolution zugestimmt haben.

Zwingend notwendig wäre die Forderung nach Prüfung von Alternativen zur Abdeckung. Die sind möglich, aber in den Unterlagen zur Antragskonferenz nicht mal erwähnt.

Wichtig wäre ebenso die intensive Auseinandersetzung mit dem tatsächlichen Charakter der Abdeckung, ihren eklatanten Schwächen und den Folgen für Bevölkerung und Umwelt statt verharmlosender Begründerhetorik. Wie soll die Funktionstüchtigkeit der Abdeckung - für immer - gewährleistet werden? Wie sollen die zu erwartenden Immobilienwertverluste der Bürger ausgeglichen werden? Wie soll die Bevölkerung bei Trockenheit im Sommer vor schadstoffbelasteten Stäuben von der Deponie geschützt werden? Warum setzt sich die Politik nicht mit den tatsächlichen Schadstoffwerten des Abfalls und der diesbezüglichen irreführenden Darstellung von K+S auseinander? Bekanntermaßen macht die Dosis das Gift.

Die Bürgerinitiative Umwelt Wathlingen hält die Resolution nicht nur für gänzlich nutzlos, sondern sieht sie als schädlich an für die Interessen Wathlingens und Nienhagens. Letztlich zeigt sie eine überwiegend passive Politik. Es wird Aktivität suggeriert, den Bürgern aber tatsächlich Sand in die Augen gestreut. So macht sich Politik zum Handlanger von K+S.

Informationen unter: www.biuw.de

Holger Müller (Bürgerinitiative Umwelt Wathlingen)